

Stephan Baier

Vortrag „Europa ohne Familienpolitik – Zukunft ohne Kinder“

Tagung „kinderreich statt zukunftsarm“

Krems, 05.11.2004

(I) Fakten:

1. Die Europäer erleben heute etwas, worauf die Menschheitsgeschichte sie nicht vorbereitet hat: hohes Alter! Im alten Ägypten lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei 15 Jahren, im antiken Rom bei etwa 20 Jahren. Die Zeitgenossen Goethes hatten eine durchschnittliche Lebenserwartung von 30 Jahren. Heute werden Japanerinnen im Durchschnitt 85 Jahre alt.

Wir Europäer des 21. Jahrhunderts leben länger als alle unsere Vorfahren, zudem auch in einer Lebensqualität, die noch vor zwei oder drei Generationen unvorstellbar gewesen wäre. Blicken wir in die Geschichte der Menschheit oder blicken wir auf die heute in Afrika, Asien und Lateinamerika lebende Menschheit, so müssen wir feststellen: Wir sind die Glückspilze! Das war die gute Nachricht.

2. Als Otto von Bismarck 1889 in Deutschland die Alters- und Invaliditätsversicherung einführte, setzte er ein Rentenantrittsalter von 70 Jahren fest. Ein derart „biblisches“ Alter erreichten damals nur wenige. Seitdem stieg nicht nur die Lebenserwartung rapide an, sondern es sank gleichzeitig das gesetzliche und das faktische Rentenalter. Während die Menschen immer älter werden, steigt der prozentuelle Anteil der Alten in der Gesellschaft hochgeschwindig an. 1995 standen in Deutschland 100 Erwerbstätigen 36 Personen im Rentenalter gegenüber; 2001 waren es bereits 44 Personen und im Jahr 2050 werden es 78 Personen sein. Der Anteil der Alten wächst und wächst und wächst: 2002 waren 16,8 % der Einwohner Deutschlands und 15,9 % der Einwohner Österreichs über 65 Jahre alt.

Dramatischer ist, wie es in den kommenden Jahren weitergeht: In Österreich wird der Prozentsatz der mindestens 60jährigen laut „Statistik Austria“ von 21 % im Jahr 2001 auf 36 % im Jahr 2050 ansteigen. Diese Altersgruppe machte im Österreich des Jahres 1950 nur 15,5 % aus. Die Schaubilder der sogenannten Bevölkerungspyramiden zeigen, daß aus den „Pyramiden“ längst Bäume geworden sind. Und der Wipfel des Baumes wird immer breiter und breiter, während der Stamm langsam schmaler wird.

Nach einer Prognose der Vereinten Nationen wird im Jahr 2050 das Durchschnittsalter in Österreich bei 50,2 Jahren, in Deutschland bei 50,9 Jahren, in Spanien sogar bei 54,3 Jahren liegen. 1965 lag die Geburtenrate in Deutschland bei 2,4 Kindern, ein Jahrzehnt später bei 1,4. Innerhalb des 20. Jahrhunderts nahmen in Deutschland die Geburten um 72 % ab, während die Lebenserwartung gleichzeitig um 83 % stieg. Diese Zahlen sind es, die den Kern unseres Problems beschreiben. Beide Entwicklungen zusammen – die Steigerung der Lebenserwartung und der dramatische Rückgang der Geburten – stellen unsere Bevölkerungspyramide auf den Kopf.

3. Der Wohlstand der europäischen Gesellschaften, die Stabilität des Sozial- und mit ihm auch des Rechtsstaates sind in Gefahr, weil die Gesellschaft aus dem Gleichgewicht geraten ist. Unser soziales System beruht auf der Voraussetzung eines halbwegs ausgewogenen Verhältnisses zwischen Erwerbstätigen einerseits und Nochnicht-Erwerbstätigen sowie Nichtmehr-Erwerbstätigen andererseits. Alle „weiter so!“-Strategien sind deshalb heute nur mehr Autobahnen in die Sackgasse.

Am offensichtlichsten ist das Problem bei der Finanzierung von Renten und Pensionen: Nach dem derzeitigen Umlagesystem wird der Pensionsanteil der

Sozialversicherungsbeiträge in Österreich direkt an die Generation der Nichtmehr-Erwerbstätigen ausbezahlt. Die dritte Generation, jene der Kinder und Jugendlichen, wurde in den Generationenvertrag einfach nicht einbezogen, muß bekanntlich aber auch finanziert werden. Würde man das Umlagesystem irgendwann abschaffen, dann gäbe es eine Generation, die zwar Jahre oder Jahrzehnte einbezahlt hat, aber keine staatliche Pension mehr bekäme.

So dramatisch muß es gar nicht kommen. Doch weil nun die Zahl der Erwerbstätigen rapide rückläufig ist, während jene der Pensionisten mehr und mehr steigt, suchen Ökonomen und Politiker nach Finanzierungslösungen. Gegen den Widerstand von Gewerkschaften und politischen Demagogen, aber auch gegen die Interessen vieler Betroffener werden die Regierungen der europäischen Staaten die Lebensarbeitszeit in den kommenden Jahren verlängern.

4. Nicht die Moral, sondern die Mathematik zwingt zu der Erkenntnis, daß die Fun-Gesellschaft der zurückliegenden Jahrzehnte das Problem geschaffen hat, das nun unabwendbar scheint. In den vergleichsweise reichen Gesellschaften der europäischen Staaten waren Kinder offenbar für viele Menschen ein Luxus, den sie sich nicht leisten wollten. Nun wird die Aufrechterhaltung des Generationenvertrags zu einem Luxus, den wir uns nicht mehr leisten können. Der Konstruktionsfehler des Generationenvertrags, der die Kinder vergaß und immer nur zwei der drei Generationen umfaßte, rächt sich heute.

Durch die gestiegene Lebenserwartung werden die Kosten für Pensionen, für Gesundheit und Pflege extrem steigen. Die immer zahlreicher werdenden Hochbetagten, die erwiesenermaßen die höchsten Gesundheits- und Pflegekosten verursachen, werden die Ausgaben der Krankenkassen emporschnellen lassen. Wie aber sollen immer weniger Erwerbstätige diese ins

Astronomische steigenden Kosten finanzieren? Zu mächtig ist die „voting power“ der Alten, als daß nach Wählerstimmen jagende Parteien dieser Zielgruppe schon bittere Pillen verabreichen wollten. Doch die Debatte naht unausweichlich: Welche Operation soll für einen 85jährigen noch bezahlt werden? Wie teuer darf uns ein 90jähriger Langzeit-Pflegefall werden?

Will man die derzeitigen Sozialsysteme (bei allen Reformen) irgendwie erhalten, werden Steuern und Sozialabgaben weiter steigen. Die ohnehin schon unter der hohen Abgabenquote stöhnenden Erwerbstätigen werden noch mehr belastet und demotiviert. Durch explodierende Pensionsausgaben und höhere Budgetdefizite wird das Wachstum in der EU sich deutlich verringern. Das wirtschaftliche Gewicht der Europäischen Union in der Welt wird sich fast halbieren.

5. Wollen wir das demographische Defizit nicht über eigenen Nachwuchs, sondern nur über Zuwanderung beheben, dann sieht Europa in einem halben Jahrhundert so aus: Die Europäer stellen in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen noch immer die Mehrheit – allerdings unter den Patienten. Versorgt werden sie von arabischen Ärzten und vietnamesischen Krankenschwestern. Unser „Essen auf Rädern“ bringt uns ein freundlicher Türke oder Armenier, seit wir für den Weg zum Supermarkt zu gebrechlich sind. Nicht nur in Firmen und Unternehmen, sondern längst auch an Schulen und Universitäten stellen Zuwanderer aus Afrika und Asien die große Mehrheit. Ohne ausländische Polizisten und Soldaten wäre die Sicherheit unserer noch immer recht wohlhabenden EU gar nicht aufrecht zu erhalten. Menschen aus dem Süden und dem Fernen Osten sorgen dafür, daß Wirtschaft und Sozialstaat eines restlos vergreisten Europa nicht – oder noch nicht – zusammenbrechen.

(II) Thesen:

Während Kinderreichtum individuell zum größten wirtschaftlichen Problem werden kann, wird Kindermangel mehr und mehr gesamtgesellschaftlich zum größten, und immer unlösbareren Problem in Europa. Allein dieses Paradox beweist, daß die Prioritäten der Gesellschaftspolitik völlig falsch gesetzt werden. Eine ideologiefreie, vernünftige Politik würde alles belohnen, was zur Lösung der Probleme des Gemeinwesens nützlich ist, und alles erschweren, was diesen Lösungen hinderlich ist.

Wäre unsere Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vernünftig, dann würde sie Rahmenbedingungen zu setzen versuchen, die der Stabilität von Ehen dienen, die Entscheidung von Paaren für Kinder fördern, mehr Elternzeit mit den eigenen Kindern ermöglichen. Weil unsere Politik aber unvernünftig ist, darum ist es einfacher Kinder abzutreiben als Kinder zu adoptieren. Durch das Scheidungsrecht ist es leichter einen Ehemann loszuwerden als einen Untermieter. Und es ist nicht nur ein lebensgeschichtliches, sondern auch ein wirtschaftliches Abenteuer, eine Familie zu gründen. Darum ist es allerhöchste Zeit, die Tabus der angeblich enttabuisierten Gesellschaft in Frage zu stellen:

1. Europa fehlen heute jene Kinder, die in den zurückliegenden drei Jahrzehnten abgetrieben wurden. Dies ist die demographische Dimension einer ethisch und weltanschaulich so leidenschaftlich und kontrovers debattierten Frage. Nach Angaben der „International Planned Parenthood Federation“ (IPPF), also einer die Abtreibung befürwortenden Organisation, werden jedes Jahr weltweit 46 Millionen Abtreibungen vorgenommen, davon 17 Prozent in Europa. Die Lebensschutzorganisation „Human Life International“ spricht sogar von 55 Millionen chirurgischen Abtreibungen jährlich.
2. Die Ideologie von der Gleichwertigkeit der verschiedensten Lebensformen ist politisch falsch und philosophisch unsinnig. Für Kinder

ist es besser, in einer heterosexuellen, dauerhaften, monogamen Partnerschaft geboren zu werden und aufzuwachsen. Kindern, die in einer homosexuellen Partnerschaft aufwachsen, fehlt entweder der eigen- oder der gegengeschlechtliche Elternteil, also Vater- oder Mutter. Kindern, die den ständigen Partnerwechsel eines Elternteils miterleben, fehlt die Sicherheit und Verlässlichkeit fester Bezugspersonen.

3. Wer immer das Licht der Welt erblickt, wird als Kind eines Vaters und einer Mutter geboren. Nichts ist deshalb selbstverständlicher und naturgemäßer als Vaterschaft und Mutterschaft. Doch Vorsicht: Kinder sind ein zeitintensiver „Luxus“. Wer ihn sich leisten möchte, muß viel Zeit, Kraft und Geld investieren – und dies auf lange Sicht. Bei der Angleichung von weiblichen an männliche Karrieremuster kann man sich diesen Luxus oft nur unter Mühen leisten. Es ist offensichtlich, daß die Mutterrolle heute vielfach ins Hintertreffen geraten ist. Dabei ist Muttersein das denkbar Fraulichste. Hier, allerspätestens, endet nämlich die Austauschbarkeit der Geschlechterrollen: Kein Mann kann diese Rolle je übernehmen. Die kinderlose Gesellschaft braucht eine Renaissance der Mütterlichkeit. Ohne eine neue, vor allem in der jungen Generation aufblühende gesellschaftliche Wertschätzung der Mutterschaft ist die Vergreisung Europas auf keinen Fall zu bremsen: nicht im demographischen und nicht im psychologischen Sinn. Kein Paradox: Wenn die Jugend das Mütterliche nicht schätzt, sieht sie bald ganz alt aus!
4. Nichts ist kindgerechter, natürlicher und menschenwürdiger für Kinder, als mit Vater und Mutter, möglichst auch noch mit Geschwistern, aufwachsen dürfen. Spielt dann der Vater auch noch tatsächlich eine väterliche Rolle und beschränkt seinen Beitrag zur Familie nicht nur auf deren Finanzierung, kümmert sich die Mutter tatsächlich mütterlich um ihre Kinder, dann hat das Kind die besten Chancen, glücklich aufzuwachsen. Doch die modern-kapitalistische Entfremdung zunächst

des Vaters und anschließend – im Namen des Feminismus – auch noch der Mutter von Familie und Kindererziehung ist ein gefährlicher Irrweg. Dessen erste Opfer sind die Kinder. Kinder brauchen Vater und Mutter, weil sie Liebe, Geborgenheit, Fordern & Fördern und Vorbilder brauchen. Sie brauchen die Verschiedenheit der beiden elterlichen Rollen, die Verschiedenheit von Frau und Mann, von Mutter und Vater.

5. Es ist kein Zufall, sondern eine alle Lebenswirklichkeit durchdringende und sinnvolle Wahrheit, daß Gott den Menschen in zwei Varianten – als Mann und Frau – schuf. Nichts ist deshalb absurder als „Homo-Ehe“, vor allem dann, wenn zwei gleichgeschlechtliche Partner auch noch Kinder adoptieren können. Hier werden die Kinder einer ganz spezifischen Erfahrung beraubt, die ihnen tagtäglich vor Augen führen sollte, was es heißt „Mutter“ oder „Vater“ zu sein. Dabei ist Mutter immer mehr als die allerbeste Freundin und der Vater etwas anderes als der beste Kumpel.

(III) Forderungen:

1. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, Kinder seien ein reines Privatvergnügen. Ein Luxus also, den sich manche Paare gönnen, während andere stattdessen einen schicken Zweitwagen kaufen oder eine Weltreise buchen. Schließlich wird ja, erfreulicherweise, niemand gezwungen Kinder zu bekommen. Aber wenn Kinderkriegen reines Privatvergnügen ist, wenn Elternschaft nichts mit der Gesellschaft zu tun hat, dann muß um der Gerechtigkeit willen die Alterssicherung privatisiert werden.

Es kann es nicht gerecht sein, die Kosten einer Angelegenheit (in diesem Fall des Privatvergnügens „Kinder“) zu privatisieren, dann aber den Nutzen derselben zu sozialisieren. Im Klartext: Wenn Eltern die Aufzucht ihrer Kinder privat zahlen müssen, dann sollen die Kinder später auch nur die Alterssicherung ihrer eigenen Eltern zahlen. Kinderlose können ja auf anderen

Wegen vorsorgen, also statt in eigenen Kinderreichtum in Aktienpakete, Lebensversicherungen, Immobilien oder Sparbücher investieren.

Hier ist es wieder, das Gerechtigkeitsdefizit unseres nur zwei Generationen umfassenden Generationenvertrags: Die Versorgung der noch-nicht erwerbstätigen Generation gilt als Privatvergnügen, die Versorgung der nicht-mehr erwerbstätigen Generation dagegen als Aufgabe der Solidargemeinschaft. Die Verlierer sind die Eltern, die von dem kargen Geld, das ihnen Finanzamt und Pflichtversicherungen noch übriglassen, hauptsächlich in die eigenen Kinder investieren, während die Kinderlosen tüchtig konsumieren oder sich andere Schienen der Alterssicherung aufbauen können. Noch mehr angeschmiert sind aber unsere Kinder, weil – auch aufgrund der geschilderten Ungerechtigkeit – eine demographische Lücke entstanden ist, in der immer weniger Kinder den Generationenvertrag für immer mehr Rentner erfüllen sollen.

Trotz aller Almosen, die den Familien im Umverteilungs-Staat zufließen, belohnt der Staat tendenziell weiterhin Individualismus und Kinderlosigkeit; behindert und bestraft weiterhin Familienbildung und Kinderreichtum. Solange die Eltern sich selbst um die Erziehung, Versorgung und Ausbildung ihrer Kinder kümmern, ist dies ihr Privatvergnügen. Erst wenn sie diese Arbeit delegieren, wird es für die öffentliche Hand teuer: Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen mit Nachmittagsbetreuung.

Ebenso mit der viel verspotteten Hausarbeit: Die sogenannte Nur-Hausfrau wird nicht nur vom Staat so behandelt als täte sie nichts, sondern ist auch permanent der gesellschaftlichen Zurücksetzung ausgeliefert. Die Arbeit im fremden Haushalt (als Köchin, Putzfrau etc.) wird als echte Arbeit gewertet, die im eigenen Haushalt als Privatvergnügen. Die Erziehung und Betreuung fremder

Kinder (als Tagesmutter, Kindergärtnerin, Lehrerin etc.) wird als echte Arbeit gewertet, die der eigenen als Privatvergnügen.

Bei diesen Wertigkeiten ist es nicht nur vom gesellschaftlichen Prestige, sondern auch von den ökonomischen Rahmenbedingungen her naheliegend, Kinder und Haushalt rasch und umfassend an andere – möglichst billigere – Arbeitskräfte zu delegieren, um selbst einer außerfamiliären Erwerbsarbeit nachzugehen. Genau dadurch aber gerät ins Hintertreffen, worin der zentrale Wert der Erziehungsarbeit besteht, nämlich in dem Ziel, erwachsene und verantwortungsbewußte, und nicht nur saubere und satte Menschen heranzubilden.

Eine Gesellschaft, die nicht an Kinderlosigkeit zugrunde gehen will, muß die Familien- und Erziehungsarbeit nicht nur bezahlen, sondern auch anerkennen! Erziehungsarbeit geht über die sicher anspruchsvollen Tätigkeiten eines Tierwärters im Zoo oder eines Lehrers in der Schule hinaus: Sie ist eine hochqualifizierte, komplexe Tätigkeit, die Mutter und Vater vor immer neue psychologische, medizinische, pädagogische, technische, intellektuelle, handwerkliche, sportliche und vor allem auch zeitliche Herausforderungen stellt. Statt die außerhäusliche Erwerbsarbeit zum eigentlichen Lebenszweck und zur Quelle persönlicher Sinnfindung zu erklären, sollten alle gesellschaftlichen Kräfte bestrebt sein, die Erziehungsarbeit in ihrer Komplexität und in ihrer sozialen Bedeutung anzuerkennen.

In unserer materialistischen Gesellschaft funktioniert Anerkennung vor allem durch, aufgrund, und in Form von Bezahlung. Dabei geht es nicht um Almosen, nicht um eine Form der Sozialpolitik, sondern um Leistungsgerechtigkeit und politische Vernunft. Sozialpolitisch ist es lediglich geboten, daß der Staat jene unterstützt, die in eine besondere Notlage geraten und deshalb seiner

solidarischen Hilfe bedürfen. Die Entlohnung der Erziehungsarbeit hat damit nichts zu tun. Hier geht es darum, Ungerechtigkeiten zu beseitigen und Chancengleichheiten herzustellen.

Dem Wesen der Familie würde es aber zutiefst widersprechen, wenn die Eltern zu Angestellten des Staates würden, so als ob es zunächst die Zuständigkeit des Staates wäre, die Kinder zu erziehen. Wäre es so, dann müssten Eltern auch Erziehungsvorschriften der jeweiligen Regierung oder des Gesetzgebers akzeptieren. Bestenfalls würde dann eine Eltern-Gewerkschaft mit den zuständigen Ministerien über Gehaltserhöhungen und Leistungsziele in Verhandlungen eintreten. Logischerweise müssten Behörden in diesem Fall auch die Erfüllung der Erziehungsvereinbarungen überprüfen. Einer restlosen Verstaatlichung des Menschen wäre keine Grenze mehr zu setzen. Die Intimität der Familie wäre dahin.

Ohne diese Gefahr aber könnte man die Familie als Kleinunternehmen anerkennen, denn ihre ökonomische Seite ist unverkennbar. Familien produzieren: vor allem, aber nicht nur Humanvermögen. Familien konsumieren: zum Wohl ihrer Mitglieder, der Wirtschaft und des Staates. Familien sind unter anderem auch ökonomische Zweckgemeinschaften: Sie leisten eine Arbeit, die sonst gegen Bezahlung auf dem Markt erworben werden müsste, und sie bieten Pflegeleistungen, die in diesem Umfang von keiner anderen Solidargemeinschaft finanziert werden könnten. Was läge da näher, als die Familie als Betrieb, als Kleinunternehmen zu bewerten?

Der die Familien- bzw. Erziehungsarbeit leistende Elternteil wäre der Geschäftsführer des Unternehmens. Dank dieser Erwerbsarbeit wäre der Geschäftsführer bzw. die Geschäftsführerin selbstverständlich sozialversichert, mit allen Folgen für Altersvorsorge und Krankenversicherung.

Familienaufwendungen wie Familienauto, Wohnungsmiete, Gesundheitskosten, Bildungsmaterialien, Versicherungen und hin und wieder ein Geschäftsessen wären steuerlich absetzbar. Eine einfache Einnahmen-Ausgaben-Aufstellung zur Berechnung von Gewinn oder Verlust der Firma ist für Familienmanager(innen), die ihre Kinder durch Hauptschule oder Gymnasium boxen, keine Schwierigkeit. Die horrenden Mehrwertsteuerzahlungen, die Familien heute für Essen, Kleidung usw. an den Staat entrichten, würden mittels Umsatzsteuererklärung in die Familie zurückgeholt.

2. Doch woher bezieht der Familienmanager sein Gehalt? Wenn es wahr ist, wie der ehemalige deutsche Verfassungsrichter Kirchhof behauptet, daß „das herkömmliche soziale Finanzierungssystem zusammenbrechen“ würde, wenn alle Eltern alle ihre Kinder in staatliche Obhut geben würden, dann wäre es nur logisch, die öffentliche Finanzierung bzw. Subventionierung für Betreuungseinrichtungen radikal zu liberalisieren: Anstatt Millionen in ein immer engeres und flächendeckenderes Netz verschiedener Kinderbetreuungseinrichtungen zu pumpen, sollte die öffentliche Hand dieses Geld lieber den Eltern in die Hand geben. Dann hätten die Mütter und Väter nämlich tatsächlich die freie Entscheidung, ob sie sich selbst (hauptamtlich) um Erziehung und Betreuung ihrer Kinder kümmern und das Geld vom Staat als Erziehungsgehalt einstecken, oder ob sie einer außerfamiliären Berufsarbeit nachgehen und mit dem Geld eine von mehreren Kinderbetreuungs-Möglichkeiten finanzieren.

Genau dies aber will die sozialistische Familienpolitik auf keinen Fall. Die EU hat die Anhebung der Frauenerwerbsquote auf 60 Prozent bis zum Jahr 2010 zu einem ihrer offiziellen Ziele erklärt – womit wohl leider nur die außerfamiliäre Erwerbsarbeit gemeint ist. Damit wird bereits suggeriert, daß Familienarbeit minderwertig und außerhäusliche Erwerbsarbeit das Ideal ist. Das Europäische

Parlament fordert in diesem Sinn „Hemmnisse zu beseitigen, die Frauen von einer Beteiligung am Erwerbsleben abhalten“. Das wird doch hoffentlich kein Aufruf zum Kindermord sein?

Statt die Auflösung der ohnedies schon schwer belasteten Familie weiter voranzutreiben, statt Kinder noch radikaler und noch früher elternlos und heimatlos zu machen, statt die Kommerzialisierung der Familien- und Erziehungsarbeit noch stärker zu entwickeln, bräuchte diese weitgehend kinderlose Gesellschaft eine mutige Wende. Unsere Gesellschaft braucht mehr Kinder, mehr Familien, mehr Zeit der Eltern für die Kinder, mehr Zeit der Kinder mit den Eltern – und alles dies hängt zusammen. Wenn junge Paare mehr Wahlmöglichkeiten haben, wenn junge Frauen nicht durch puren finanziellen Druck in die außerhäusliche Erwerbstätigkeit gezwungen werden, dann wird es auch mehr Bereitschaft zu Kinderphasen, und darum auch wieder mehr Kinder geben.

Abgesehen von der Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Netzes von Schulen sollten deshalb alle öffentlichen Finanzen, die derzeit in Kinderbetreuung investiert werden, direkt in die Hände der Familien umgeleitet werden. Das wäre auch eine Befreiung für die Frau, denn dann könnte jede Mutter individuell und selbst entscheiden, welcher Erwerbsarbeit sie in dieser oder jener Lebensphase gerade den Vorzug geben möchte: der inner- oder der außerfamiliären Erwerbsarbeit.

3. Wenn in einem Land seit Jahrzehnten die Lebenserwartung extrem hoch und die Geburtenraten extrem niedrig sind, wenn die Studenten auffällig alt und die Pensionisten besonders jung sind, wenn die Kinder immer weniger und die Über-65-Jährigen immer mehr werden, wenn der Bedarf an Schulen sinkt und jener an Pflegeplätzen steigt, dann stellt sich die Frage, wer das alles finanzieren

soll. Nach einer Prognose der EU-Kommission wird das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern im Jahr 2050 zwei zu eins sein.

Die Überalterung der Gesellschaft zwingt uns zu einem Bewußtseinswandel, der nicht nur gesellschaftlich notwendig, sondern für den einzelnen auch befreiend wäre: Wenn auf dem Arbeitsmarkt 50jährige nicht mehr – wie absurderweise noch heute – als „altes Eisen“ betrachtet werden, sondern als erfahrungsreiche und dynamische Arbeitskräfte in der Lebensmitte, dann verliert das Altern langsam seinen Schrecken. Länger arbeiten alleine nützt nicht. Es bedarf eines Bewußtseinswandels gegenüber dem Altern und den Alten. Solange Alter als Wettbewerbsnachteil betrachtet wird, werden ältere Menschen in ihrer Produktivität und Leistungsfähigkeit gehemmt. Es bedarf einer neuen Wertschätzung der Erfahrung und der Tradition, umgekehrt aber auch einer Einübung in lebenslanges Lernen.

4. Nicht nur die Länge unserer Lebensarbeitszeit muß sich durch die demographische Krise verändern. Auch ihr Verlauf muß modernisiert und den Notwendigkeiten angepaßt werden. Es ist absurd, daß Männer und Frauen ausgerechnet in jenem Lebensabschnitt vergleichsweise wenig verdienen, in dem sie eine Familie aufbauen könnten, also Geld für eine Wohnung oder ein eigenes Haus, Geld für Kinder, Geld für eine Unternehmensgründung bräuchten. Und es ist noch absurder, daß Frauen ausgerechnet in jenem Lebensabschnitt Karriere machen sollen, in dem sie Kinder bekommen und ihre kleinen Kinder umsorgen könnten.

Eine junge Medizinerin zum Beispiel: Nach Jahren intensivsten Studiums tritt sie mit 25 oder 26 Jahren ins Berufsleben, muß sich etablieren, eventuell eine Spezialisierung oder Facharztprüfung absolvieren. Wenn sie in dieser Phase mehrere Jahre aus dem anspruchsvollen und zeitintensiven Karriereweg

aussteigt, um sich den Kindern und der Familienarbeit zu widmen, ist ein adäquater Wiedereinstieg fast unmöglich. Ähnliches gilt für viele hochqualifizierte Karrierewege, wo nach einigen Jahren Pause das erworbene Wissen veraltet und die berufliche Praxis tiefgreifend verändert ist. Aber auch im niedrigen Gehaltssegment kann eine Frau nach mehrjähriger Kinder- und Familienphase mit 38 oder 40 Jahren kaum noch auf einen guten Job hoffen. Frauen, die eine bewußte und längere Kinderphase einlegen, müssen sich anschließend oft hinten anstellen, sich mit minderen Jobs begnügen oder auf eine Karriere weitgehend verzichten.

Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung ist es hochgradig unvernünftig, daß Frauen ihren entscheidenden beruflichen Aufstieg ausgerechnet in jener Zeit nehmen müssen, in der sie auch Kinder bekommen und eine Familie bilden könnten. Unvernünftig ist ebenso, Frauen mit der Formel „Familie und Beruf müssen vereinbar sein“ die ganze Last dieser einfach behaupteten Vereinbarkeit aufzubürden. Wenn die Frau die Hausarbeit und die Kinderbetreuung auslagert, kostet dies Geld, das gerade in dieser Lebensphase oft knapp ist. Gibt sie jedoch den Beruf für die Familienbildung und Kinderbetreuung auf, kostet sie das noch viel mehr Geld: nämlich kurzfristig den Verzicht auf ein eigenes Einkommen, langfristig oft den Verzicht auf eine Karriere.

Die Folge ist, daß viele Frauen sich zwischen Beruf und Familie zerrissen fühlen, hier wie da von schlechtem Gewissen geplagt werden oder einfach überfordert sind. Die demographisch fatale Folge ist auch, daß junge Paare ihren vorhandenen Kinderwunsch nicht oder nur teilweise realisieren.

Angesichts einer durchschnittlichen Lebenserwartung der Europäerin von knapp acht Jahrzehnten muß man die Frage stellen, warum Familie und Beruf unbedingt gleichzeitig vereinbar sein sollen. Wäre es nicht denkbar, Familien-

und Erziehungsarbeit in einer Lebensphase den Vorrang zu geben, der außerhäuslichen Erwerbsarbeit und der Karriere in der nächsten? Zeitlich einigermaßen vorgegeben ist diesbezüglich nur die Lebensphase, in der Frauen Kinder bekommen können. Alles andere beruht auf Konvention und Gesetzen, ist also veränderbar.

((Nehmen wir als Beispiel eine junge Juristin, die während des Studiums ihren künftigen Mann kennenlernt. Beide absolvieren ihr Studium mit Bravour, heiraten und stehen plötzlich vor der Frage: Wollen wir Kinder? Nun gibt es mehrere Möglichkeiten: Entweder verzichten sie auf Kinder, weil beide nicht auf Karriere verzichten wollen. Die Verlierer dieser Entscheidung sind möglicherweise sie selbst (weil ihnen in einer späteren Lebensphase Kinder und Enkel fehlen), sicher aber wir alle. Oder sie entscheiden sich für Kinder, dann ist entweder die Frau Verliererin (weil ihre Karriere ab- oder unterbrochen oder auf niedrigeres Niveau gelenkt wird), oder die Kinder (weil die Karriereeltern keine Zeit für sie haben) – oder alle zusammen.

Geben wir unserem Juristenpaar eine faire Chance: Die junge Frau steigt in die berufliche Praxis ein, wechselt vor der Geburt des ersten Kindes in den Job der „Familien-Geschäftsführerin“, in dem sie – weil noch weitere Kinder zur Welt kommen – tatsächlich 10, 12 Jahre verharrt. Als die Kinder aus dem Größten raus sind, ist die Frau 40 oder 42 Jahre und will in den Beruf zurück. Aufgrund ihrer Studienleistung, ihrer innerfamiliären Praxis- und Lebenserfahrung gibt eine große Kanzlei ihr einen Vertrag: Ein Jahr Einarbeitungszeit mit Zusatzqualifikation, und bei zufriedenstellenden Leistungen Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Pensionsversicherungszeiten sind ihr bei alledem übrigens nicht verloren gegangen.

Wir könnten die Geschichte weiterspinnen: Als fünf Jahre später nochmals ein Nachzügler zur Welt kommt, vereinbart das Juristen-Paar, daß diesmal der Vater den Familien-Geschäftsführer machen soll. Nach anfänglichen Bedenken ist er

glücklich: Im Job fühlte er sich zuletzt merklich ausgebrannt, war irgendwie in die Midlife-Crisis geraten. Und eines ist sicher: Wenn der Nachzügler ins Gymnasium kommt und der Papa nochmal zehn bis fünfzehn Jahre außerhäuslicher Arbeit nachgeht, wird ihm die „familybusiness“-Erfahrung eine große Bereicherung sein.))

Warum sollte jemand, der eine Familie mit Kindern, und möglicherweise auch noch mit pflegebedürftigen Großeltern, managen kann, nicht in der Lage sein, eine Supermarktfiliale oder eine Anwaltskanzlei zu managen? Mutterschaft und Vaterschaft sind eine vielschichtige Zusatzqualifikation, denn Mütter und Väter sind Manager, Seelsorger, Pädagogen, Ärzte, Psychologen, Maurer, Köche, Taxifahrer, Ernährungs- und Sportwissenschaftler und in jedem Fall Wirtschaftswissenschaftler. Das Wissen, das sich eine Frau oder ein Mann im Familienmanagement erwirbt, wird an keiner Universität gelehrt und mit keinem Diplom bestätigt. Dieses Wissen ist praxisbezogen, immer kritisch hinterfragt, anwendbar, fächerübergreifend und durch jahrelange Innovation gereift.

5. Die ältere Generation ist bereits heute die wahltaktisch interessanteste Zielgruppe, und sie wird jedes Jahr interessanter und prozentuell stärker. Warum sollten Politiker etwas für die Minderheit der Mehrkind-Familien tun? Solange die Kinder minderjährig sind, haben ihre Eltern auch nicht mehr Stimmen als ein kinderloses Paar. Sobald die Kinder wahlberechtigt sind, müssen sie mit Jungwähler-Argumenten umworben werden, nicht mit Familien- oder Kinder-Argumenten. Diejenigen, die für das physische Überleben der Gesellschaft sorgen, die die Last der Kindererziehung und den größten Teil der damit verbundenen Kosten tragen, die die Rentenbeitragszahler von morgen gebären und großziehen, sind wahltaktisch keine relevante Größe.

Das ist nicht nur strategisch fatal, weil Familien ins Hintertreffen geraten, wo sie doch gerade jetzt, angesichts der demographischen Verschiebungen, besonders gefördert und unterstützt werden sollten. Es geht auch um einen offensichtlichen Mangel an Gerechtigkeit. Wie der Generationenvertrag nur zwei der drei Generationen umfaßt – oder angesichts der gestiegenen Lebenserwartung: drei der vier Generationen – so wird auch das Wahlrecht einer Generation einfach vorenthalten: der jüngsten, der zukunftssträchtigsten, die schon darum das höchste Interesse an einer nachhaltigen Politik haben müßte.

Kinder und Jugendliche vom Wahlrecht pauschal auszuschließen ist ungerecht, weil hier unbescholtene Staatsbürger aufgrund ihres Alters diskriminiert werden. Es ist aber auch unmoralisch. Im Deutschen Bundestag reichten 41 Abgeordnete aus verschiedenen Parteien am 15. Juli 2003 einen gemeinsamen Antrag für ein Kinderwahlrecht ein. Der Titel des Dokuments lautete bezeichnenderweise: „Mehr Demokratie wagen durch ein Wahlrecht von Geburt an“. Die Kinderwahlrechts-Befürworter im Bundestag folgten übrigens nicht der Argumentation, das Wahlrecht sei höchstpersönlich und in keinem Fall durch die Eltern als Vertreter wahrzunehmen.

Es gibt aber auch Bedenken, Mutter und Vater könnten sich darüber zerstreiten, wo auf dem Wahlzettel das Kreuzchen für das Kind zu machen sei. Selbstverständlich kann es tatsächlich über die Qualität von Parteien und Kandidaten zwischen den Eltern, auch wenn sie gemeinsam das Sorgerecht haben, Auffassungsunterschiede geben. Doch warum sollte der Staat Eltern, die sich über die Schulausbildung und die Gesundheitsvorsorge ihrer Kinder verständigen können, nicht auch in der Frage der Wahlentscheidung zutrauen, sich irgendwie zu verständigen? Eltern, die ohne staatliche Bevormundung einen Konsens darüber finden, ob sie ihr Kind taufen lassen oder nicht, ob sie es gegen Zecken impfen lassen oder nicht, ob sie es in die Hauptschule oder ins

Gymnasium schicken, werden sich auch darüber verständigen, wie sie im Namen ihres Kindes wählen.

6. Statt in den mehr als sieben „fetten Jahren“ Wohlstand anzusammeln für die demographisch mageren Jahre, haben die meisten Staaten in Europa riesige Schuldenberge geschaffen, die sie den zahlenmäßig schwächer werdenden künftigen Generationen vererben. Auch die Einführung des EURO hat diese Unsitte der Staaten, die sich kein Familienvater und kein Unternehmer erlauben dürfte, nicht gestoppt. Während der Staat selbst den kommenden Generationen hauptsächlich Schulden vererbt, behindert er gleichzeitig, daß zumindest jene, die ein privates Vermögen zu vererben hätten, dies ungemindert an ihre Nachkommen weiterreichen.

Wenn der Staat sich beim Tod von Angehörigen am Erbe der Nachkommen bereichert, benimmt er sich wie ein pietätloser Wegelagerer. Da haben etwa Großeltern oder Eltern jahre- und jahrzehntelang geschuftet, um ihrer Familie ein kleines Unternehmen, einen Handwerksbetrieb oder zumindest ein schuldenfreies Haus hinterlassen zu können, doch dann kommt „Vater Staat“, und will am Erbe beteiligt werden.

Die Schenkungs- bzw. Erbschaftssteuer ist ungerecht, weil hier bereits versteuertes Vermögen noch einmal besteuert wird, wenn es von den Eltern auf die Kinder übergeht. Sie ist aber auch unsinnig, weil damit der volkswirtschaftlich sinnvolle Eigentumstransfer zwischen den Generationen behindert wird. Die Erbschaftssteuer wirft für viele Erben große praktische Probleme auf. Wirtschaftlich sinnvoll wäre es, wenn der Staat die Eigentumsübergabe an die jungen Generationen unterstützen und fördern würde. Das privat ja durchaus noch reichlich vorhandene Vermögen soll nicht ins

Ausland transferiert, gehortet oder behütet werden, sondern einer Generation zur Verfügung stehen, die sich damit eine Zukunft aufbauen möchte.

Statt einer hemmenden Erbschaftssteuer sollte der Gesetzgeber deshalb den innerfamiliären Eigentumstransfer in Richtung der jüngeren Generation fördern. Wenn „Vater Staat“ schon selbst nicht in der Lage ist, seinen „Kindern“ ein schuldenfreies „Haus“ zu hinterlassen, dann sollte er dies zumindest den leiblichen Eltern der viel zu wenigen Kinder in Europa erlauben. Sich mittels Steuer einfach überall dort zu bedienen, wo Kapital oder Vermögen sichtbar wird, ist der Stil einer Räuberbande, nicht der eines Rechtsstaates.

7. Der radikale Individualismus der Selbstverwirklichungs-Ideologie predigt uns: Du hast nur dieses eine Leben, darum nutze es zu deinen Zielen! Alles ist erlaubt, solange es dir dabei gut geht! Heirate oder suche dir einen Lebensabschnittsgefährten, wenn du willst. Trennt Euch wieder, wenn und wann ihr es wollt. Zeugt Kinder und befaßt euch mit ihnen, solange und soviel es euch angenehm und nützlich erscheint! Verwirkliche dich selbst! Du selbst bist dein Weg und dein Ziel. Und der intellektuelle Zyniker fügt noch hinzu: Wenn jeder an sich denkt, wird wenigstens keiner vergessen.

Wohlgemerkt, es geht hier nicht um gesellschaftliche oder gesetzliche Spielregeln, sondern um eine ganz persönliche Einstellung zum eigenen Leben. Es geht darum, was jeder von uns von seinem Lebens erwartet.

Kein Zweifel, daß an der ungebremsten Selbstverwirklichungs-Mentalität unzählige Ehen zerbrochen sind. Die Konsequenz einer Gesellschaft, in der jeder nur sein individuell Bestes will, in der sich jeder selbst verwirklichen und keiner für den anderen da sein möchte, sind millionenfache Abtreibung von Kindern, die man offen als „ungewollt“ bezeichnet, im Labor gezeugte und gen-

geprüfte Kinder, falls ein Kind gerade in die Selbstverwirklichung paßt, Millionen von Scheidungswaisen – und auch die Euthanasie. Es wäre ja geradezu ein Wunder, wenn Kinder, die ihre Eltern jahrelang auf dem Selbstverwirklichungs-Trip erlebten, sich später finanziell oder gar persönlich um die immer zahlreicher werdenden Alten kümmern würden.

8. Die Ellenbogen-Gesellschaft belohnt den Durchsetzungsfähigen und Rücksichtslosen. Die Selbstverwirklichungs-Gesellschaft belächelt den Idealisten und den Opferbereiten. Die Parteien-Demokratie verführt zum kurzfristigen Agieren und erschwert nachhaltige Planung. Der postmoderne Individualismus hat den ohnedies brüchigen ethisch-moralischen Grundkonsens der Gesellschaft gänzlich in Frage gestellt.

Doch eine Gesellschaft, deren verbindliches Recht nicht mehr auf gemeinsamen Werten und ethischen Grundoptionen beruht, zerfällt in pure Interessengruppen. Im Hinblick auf die demographische Entwicklung bedeutet dies: Hier die Ältesten, die ein Recht auf kostenlose 24-Stunden-Pflege haben; dort die Alten, die sich einen ruhigen und gesicherten Lebensabend hart erarbeitet haben; dann die Erwerbstätigen, die ein Recht auf persönlichen Genuß des Ertrags ihrer Erwerbsarbeit haben; schließlich die Kinder und Jugendlichen, die ein Recht auf intakte Zukunftschancen haben. Alle haben sie Recht, aber angesichts von Bevölkerungsschwund und gesellschaftlicher Überalterung ist das alles gleichzeitig nicht mehr finanzierbar.